

Energie Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Per Email an: [gaskennzeichnung@e-control.at](mailto:gaskennzeichnung@e-control.at)

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen  
LI/DÜ

DW  
39

Datum  
23.12.2021

## **Stellungnahme des Fachverbandes Gas Wärme zum Begutachtungsentwurf der Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2021**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Fachverband Gas Wärme (FGW) bedankt sich für die Möglichkeit der Begutachtung des Novellenentwurfes zur Gaskennzeichnungsverordnung und nimmt dazu wie folgt Stellung.

### **Zu Z 4 und 5: § 2 – Begriffsbestimmungen:**

Wir begrüßen, dass die Begriffsbestimmungen in der Verordnung in Übereinstimmung mit dem EAG (GWG-Novelle 2021) festgelegt werden.

Weiters ist positiv hervorzuheben, dass die Erläuterungen bei der Definition von dekarbonisierten Gasen explizit auf die Verfahren Dampfreformierung und Pyrolyse abstellen. Im nachfolgenden Klammerausdruck wird allerdings nur „blauer“ Wasserstoff genannt. Dieser bezieht sich aber nur auf die Dampfreformierung, weshalb eine Erweiterung auch hinsichtlich „türkisen“ Wasserstoffs, der den im Pyrolyseverfahren hergestellten Wasserstoff bezeichnet, sinnvoll wäre.

Weiters erlauben wir uns anzumerken, dass sich die Querverweise in der Z 4 und 5 des Novellenentwurfes auf „§ 2 Abs. 1“ beziehen müssten:

„4. § 2 Abs. 1 ~~2~~ Z 2 lautet: ...“

„5. § 2 Abs. 1 ~~2~~ Z 3 bis 6 entfällt. § 2 Abs. 1 ~~2~~-Z 3 lautet: ...“

### **Zu Z 12: § 6 - Ausweisung des Produktmixes:**

Es besteht weder eine gesetzliche Vorgabe in § 130 GWG noch eine sachliche Rechtfertigung dafür, dass der Produktmix um 25% kleiner als der Versorgermix auf Rechnungen und Werbematerialien darzustellen ist. Die Begründung in den Erläuterungen, dass wegen des „Vorranges“ des Versorgermixes die Darstellung des Produktmixes kleiner sein müsse, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Gerade Kunden, die zur Bezahlung eines höheren Preises für ein Biogasprodukt bereit sind, werden hinsichtlich Transparenz und Überprüfbarkeit mehr an dem diesbezüglichen Produktmix als an dem Versorgermix interessiert sein. Diesem Kundenwunsch widerspricht auch die Aussage in den Erläuterungen, dass der Versorgermix immer dem Produktmix vorrangig dargestellt sein sollte. Aus der Wortfolge „ergänzende Produktdifferenzierung“ in § 130 Abs 4 GWG ist dies unseres Erachtens nicht (zwingend) ableitbar, sodass zumindest auch eine Platzierung beispielsweise neben dem Versorgermix zulässig sein müsste.

Im Ergebnis sollte daher jedenfalls die unsachliche Vorschreibung von unterschiedlichen Darstellungsgrößen sowie die zwingende vorrangige Darstellung des Versorgermixes entfallen:

„§ 6. (1) Gemäß § 130 Abs. 4 GWG 2011 müssen Versorger im Falle einer ergänzenden Produktdifferenzierung neben einem Versorgermix auch noch einen Produktmix anführen.

(2) Für die Ausweisung des Produktmixes gelten § 3 bis § 5 sinngemäß. Der Produktmix kann mit dem spezifischen Namen des jeweiligen Produktes bezeichnet werden ~~und ist unmittelbar nachgeordnet und um 25% kleiner als der Versorgermix auf Rechnungen und Werbematerialien darzustellen.~~“

### **„Zu § 6: Ausweisung des Produktmixes**

Im Falle eines vom Versorgermix abweichenden Produktmixes ist dieser in Zukunft ebenso darzustellen. ~~Da der Versorgermix dem Produktmix immer vorrangig dargestellt sein sollte, muss die Darstellung des Produktmixes um zumindest 25% geringer als der Versorgermix erfolgen.~~“

Weiters müsste auch die Erläuterung zu § 3 entsprechend angepasst werden:

### **„Zu § 3: Darstellungsform**

Die Darstellung der Gaskennzeichnung ist in Tabellenform gemäß Abs. 2 vorzunehmen. Für die Kennzeichnung ist das gleiche Format für Versorgermix und Produktmix anzuwenden, wobei ~~der Versorgermix in der Anordnung immer vorangestellt und~~ es klar ersichtlich sein muss, dass es sich ausschließlich beim Versorgermix um das gesetzlich vorgegebene Darstellungsformat handelt. Sofern zusätzlich Diagramme angeführt werden, darf es zwischen Versorger- und Produktmix keine Ungleichbehandlung geben (siehe fortführend §§ 4 und 5).“

Der derzeitige § 6 der Verordnung (Nachweisen für Gas aus nicht-österreichischer Erzeugung) entfällt, da nunmehr der neue § 129c GWG die Anerkennung von Herkunftsnachweisen aus anderen Staaten regelt.

Im Hinblick auf die Transparenz und Rechtssicherheit bezüglich der Anerkennung von Importmengen für die Gaskennzeichnung ersuchen wir die Regulierungsbehörde, jene EU-Mitgliedstaaten bzw. EWR-Vertragsstaaten durch Verordnung gemäß § 129c Abs 4 GWG zu benennen, deren Herkunftsnachweise über Gas die Voraussetzungen des § 129c Abs 1 erfüllen.

Weiters sollte gegebenenfalls auch eine Auflistung jener Drittstaaten veröffentlicht werden, welche die Voraussetzungen des § 129c Abs 2 erfüllen (Abkommen mit der EU über die gegenseitige Anerkennung, etc.).

Dies würde auch Bescheidverfahren zu Feststellung, ob die Voraussetzungen für die Anerkennung vorliegen (siehe § 129c Abs 3), vermeiden und daher die Regulierungsbehörde entlasten.

#### **Zu § 7 - Gültigkeit von Nachweisen:**

In den Erläuterungen zu § 7 der Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle wird klargestellt, dass auch im Gasbereich und für die Speicherung von Gas in Gasspeichern die rollierende Nutzung rückgestellter Nachweise wie bei Strommengen in Pumpspeichern durch entsprechende Zuordnung zu ausgespeicherten Energiemengen möglich ist.

Die Gasbranche hat sich immer dafür ausgesprochen, dass es aufgrund der im Unterschied zu Strom großvolumigen und langfristigen Speicherbarkeit von Gas einer besonderen Regelung, nämlich einer längeren Gültigkeit von Herkunftsnachweisen bedarf. Dies möchten wir auch hier nachdrücklich betonen und ersuchen daher nochmals eine derartige Regelung zu prüfen, um den Verfall von Herkunftsnachweisen für länger eingespeicherte erneuerbare Gase zu vermeiden.

Hinzuweisen ist auch, dass aufgrund der prekären Übergangssituation durch die Umstellung von Ökostromproduktion auf Biomethaneinspeisung in das öffentliche Netz, die jährlichen Produktionsmengen nicht mit den Kundenabgabemengen korrelieren und unter der Abgabemenge liegt. Eine zeitliche Verschiebung durch die Zuordnung eingespeicherter Mengen aus der Vergangenheit in der Verordnung ist daher geboten und sachlich argumentierbar.

#### **Zu Z 11: Schlussbestimmungen:**

Da der 3. Abschnitt nun die Bezeichnung „Schlussbestimmungen“ erhält, kann die Bezeichnung „4. Abschnitt“ samt „Schlussbestimmungen“ entfallen.

#### **Zu Z 14: § 8 Abs 2:**

Die Übergangsbestimmung zur Durchführung der Gaskennzeichnung, erstmalig im Jahr 2023 für die im Kalenderjahr 2022 gelieferten Gasmengen, ist essentiell für die Marktteilnehmer in Bezug auf die Implementierung und daher zu begrüßen.

Dennoch möchten wir festhalten, dass der Zeitrahmen für die systemische Implementierung der Gaskennzeichnungsverordnung äußerst knapp bemessen ist, vor allem in Hinblick darauf, dass noch wesentliche Parameter fehlen, wie z.B. die Details zur Ausgestaltung des Gasregisters, Verordnung bezüglich Anerkennung von ausländischen Zertifikaten. Selbstverständlich müsste auch der Vollbetrieb der Herkunftsnachweis-Registerdatenbank mit 1.1.2022 gewährleistet sein.

Zu bedenken ist auch, dass die nationale Umsetzung mit dem europäischen System kompatibel bzw. verbunden sein sollte.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme, ersuchen um Berücksichtigung unserer Anmerkungen und stehen für Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Mag. Michael Mock  
Geschäftsführer



Mag. Michael Lichnovsky  
Referent Bereich Gas